



Bundesministerium
der Finanzen

Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte

Deutsches Stabilitätsprogramm

Aktualisierung Oktober 2000

Herausgeber: Bundesministerium der Finanzen, Referat Presse und Information
Redaktion: Volkswirtschaftliche Abteilung, Referat IA1

Diese Veröffentlichung ist auch im Internet erhältlich:

<http://www.bundesfinanzministerium.de/finwiber/index.html>

Inhaltsverzeichnis

I. VORBEMERKUNG.....	6
II. BEGRENZUNG DER STAATSAUSGABEN UND FÖRDERUNG VON WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG	8
A. FINANZ-, WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE GESAMTSTRATEGIE.....	8
B. FORTSETZUNG DES KONSOLIDIERUNGSKURSES.....	9
C. STEUERREFORM 2000	11
D. FORTSETZUNG DER ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM.....	13
III. VERBESSERUNG VON QUALITÄT UND NACHHALTIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN	14
A. ZUKUNFTSORIENTIERTE HAUSHALTSPOLITIK ZUR VERBESSERUNG DER BUDGETQUALITÄT	14
B. RENTENREFORM ALS BEITRAG ZU SOLIDEN STAATSFINANZEN	16
IV. WEITERE STRUKTUREN REFORMEN ZUR FÖRDERUNG VON WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG.....	17
V. PERSPEKTIVEN DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG 2000 BIS 2004	19
A. WELTWIRTSCHAFTLICHES UMFELD.....	19
B. ZUGRUNDE LIEGENDE ANNAHMEN FÜR DIE WIRTSCHAFTS-ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND	20
C. ENTWICKLUNG 2000 UND 2001 IN DEUTSCHLAND.....	20
D. MITTELFRISTIGE WACHSTUMSPERSPEKTIVEN	22
E. ÜBERSICHT.....	23
VI. MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN FÜR DIE ENTWICKLUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE.....	24
A. ENTWICKLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS.....	24
B. ENTWICKLUNG DER AUSGABEN	27
A. ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN.....	30
B. BESCHLEUNIGTE RÜCKFÜHRUNG DES SCHULDENSTANDES	32
C. AUSWIRKUNGEN EINER ÄNDERUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ECKWERTE AUF DIE ÖFFENTLICHEN FINANZEN	34
D. AUSWIRKUNGEN VON ZINSÄNDERUNGEN AUF DIE ÖFFENTLICHEN AUSGABEN	36
VII. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	38

Tabellenverzeichnis

TABELLE 1: ENTWICKLUNG DER NETTOKREDITAUFNAHME DES BUNDES BIS 2004 IN MRD. DM.....	10
TABELLE 2: PROJEKTION DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG FÜR DIE JAHRE 2000 BIS 2004	23
TABELLE 3: ENTWICKLUNG DER DEFIZIT-/ÜBERSCHUSSQUOTE BIS 2004	25
TABELLE 4: DEFIZITE/ÜBERSCHÜSSE NACH EBENEN	27
TABELLE 5: ENTWICKLUNG DER STAATSQUOTE BIS 2004	28
TABELLE 6: ENTWICKLUNG VON STEUER-, SOZIALBEITRAGS- UND ABGABENQUOTE BIS 2004	31
TABELLE 7: ENTWICKLUNG DER SCHULDENQUOTE BIS 2004	32

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: ENTWICKLUNG DER DEFIZITQUOTE BIS 2004	26
ABBILDUNG 2: ENTWICKLUNG DER STAATSQUOTE BIS 2004	28
ABBILDUNG 3: ENTWICKLUNG DER SCHULDENQUOTE BIS 2004	33
ABBILDUNG 4: BETEILIGUNGSVERKÄUFE IN V.H. DES BIP	34
ABBILDUNG 5 ANTEIL DER ZINSEN AN DEN GESAMTAUSGABEN	37

I. Vorbemerkung

Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes - Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken - sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem ECOFIN-Rat jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Die übrigen EU-Mitgliedstaaten legen Konvergenzprogramme vor. Der ECOFIN-Rat gibt zu diesen Programmen eine Stellungnahme ab.

Die ersten Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme unter dem Regime des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurden – entsprechend einer Erklärung der ECOFIN-Minister vom 1. Mai 1998 – zum Jahresende 1998 vorgelegt.

Der ECOFIN-Rat spricht sich in seinem Bericht an den Europäischen Rat in Helsinki zur wirtschaftspolitischen Koordinierung dafür aus, auch aktualisierte Programme spätestens zum Jahreswechsel vorzulegen.

Das deutsche Stabilitätsprogramm vom Januar 1999 wurde Anfang Dezember 1999 aktualisiert. Diese Aktualisierung wurde einschließlich einer Ergänzung vom Januar 2000 im Februar 2000 durch den ECOFIN-Rat gebilligt. Die Aktualisierung vom Dezember 1999 hat gezeigt, dass die im ursprünglichen Programm ausgewiesenen Ziele – insbesondere aufgrund der finanzpolitischen Maßnahmen des Zukunftsprogramms vom Sommer 1999 - vorsichtig und realistisch gesetzt wurden.

In der Ergänzung vom Januar 2000 wurde die Steuerreform 2000 berücksichtigt, die von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundesfinanzminister Hans Eichel im Dezember 1999 vorgestellt worden war. Die umfassenden steuerpolitischen Maßnahmen verbessern die Wachstumsgrundlagen. Für die Jahre 2001 bis 2003 wurde daher mit einem nominal und real um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt höheren BIP-Wachstum als vor Beschluss der Steuerreform 2000 gerechnet.

Die nun vorliegende Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 11. Oktober 2000 durch das Kabinett gebilligt.

Die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages und des Bundesrates werden unmittelbar im Anschluss an die Übermittlung des Programms an den Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission unterrichtet.

Das Programm entspricht in Format und Inhalt den Richtlinien, wie sie vom ECOFIN-Rat im Oktober 1998 festgelegt wurden. Entsprechend der Vereinbarung des ECOFIN-Rates wurde in diesem Jahr erneut ein etwas früherer Vorlagetermin gewählt.

Das aktualisierte Stabilitätsprogramm basiert auf den Mitte September verfügbaren Daten.

Das Bundesministerium der Finanzen veröffentlicht das aktualisierte Stabilitätsprogramm, u.a. über das Internet unter:
(www.bundesfinanzministerium.de/finwiber/index.de).

II. Begrenzung der Staatsausgaben und Förderung von Wachstum und Beschäftigung

A. Finanz-, wirtschafts- und sozialpolitische Gesamtstrategie

Die Förderung von Wachstum und Beschäftigung erfordert ein erfolgreiches Zusammenspiel von günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und nachhaltigen Reformmaßnahmen. Das kommt auch in dem von der Bundesregierung im Sommer 1999 verabschiedeten Zukunftsprogramm 2000 zum Ausdruck, das in der Aktualisierung des Stabilitätsprogramms vom Dezember 1999 skizziert wurde.

Mit dem Zukunftsprogramm wurde ein mehrere Jahre umfassendes Politikkonzept vorgelegt, mit dem die Handlungsspielräume zur Bewältigung der zentralen Zukunftsaufgaben zurückgewonnen werden sollen. Flankiert wird dieses Programm durch das Bündnis für Arbeit. So trägt die Vereinbarung von produktivitäts- und beschäftigungsorientierten längerfristigen Tarifabschlüssen zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei.

Qualität und dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sind von zentraler Bedeutung. Sie dienen der Vertrauensbildung auf den Märkten und damit der Belebung von Investitionen und Konsumtätigkeit. Zugleich unterstützt eine langfristig tragfähige Finanzlage in der Euro-Zone die EZB bei ihrer Aufgabe, die Geldwertstabilität zu sichern und trägt dazu bei, günstige Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Die Bundesregierung hält daher an ihrem finanzpolitischen Konzept fest.

Das finanzpolitische Konzept stützt sich auf zwei Leitplanken:

- Fortsetzung des konsequenten Konsolidierungskurses mit der Vorlage eines ausgeglichenen Bundeshaushalts im Jahr 2006 und dem langfristigen Ziel des Schuldenabbaus;

- Steuerreformmaßnahmen auf der Basis solider Staatsfinanzen, die eine deutliche Steuerentlastung von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern und ein international wettbewerbsfähiges Steuersystem schaffen.

Seit die Bundesregierung ihr Zukunftsprogramm zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung verabschiedet hat, sind wesentliche Maßnahmen dieses Programms in die Wege geleitet oder bereits umgesetzt worden.

Entscheidende Handlungsfelder in diesem Prozess sind:

- Fortsetzung des Konsolidierungskurses im Bundeshaushalt 2001 zur Rückgewinnung des finanzpolitischen Handlungsspielraumes und der Einleitung von Reformmaßnahmen;
- Steuerreform 2000 zur nachhaltigen Stärkung des Standortes Deutschland;
- Ökologische Steuerreform zur Förderung des effizienten Ressourcenverbrauchs und zur Senkung der Lohnnebenkosten.

B. Fortsetzung des Konsolidierungskurses

Mit dem Zukunftsprogramm 2000 hat die Bundesregierung 1999 einen strikten Sparkurs eingeschlagen. In den kommenden Jahren wird dieser Weg fortgesetzt. Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2001 und dem Finanzplan bis 2004 wird dieser Konsolidierungskurs konsequent fortgesetzt. Das mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne Neuverschuldung im Jahr 2006 wird mit diesem haushalts- und finanzpolitischen Konzept weiter abgesichert.

Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2001 wird die Nettokreditaufnahme wie im Zukunftsprogramm 2000 vorgesehen, auf 46,1 Mrd. DM zurückgeführt. Auch im Finanzplanzeitraum bis 2004 wird die schrittweise Senkung der Nettokreditaufnahme eingehalten.

Tabelle 1: Entwicklung der Nettokreditaufnahme des Bundes bis 2004 in Mrd. DM

	2001	2002	2003	2004
Nettokreditaufnahme	46,1	41,2	30,4	20

Im Jahr 2001 sind Belastungen von zusätzlich rund 20 Mrd. DM aufzufangen. Sie resultieren aus:

- Finanzierung der Unternehmenssteuerreform;
- Vorziehen der dritten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 auf den 1. Januar 2001;
- Belastungen aus dem Ergebnis des Vermittlungsverfahrens zum Sparpaket;

Diese Zusatzbelastungen werden aufgefangen durch:

- Grundsätzlich Fortsetzung des Finanzierungsvorbehalts – Mehrausgaben müssen durch Umschichtungen an anderer Stelle im gleichen Einzelplan ausgeglichen werden;
- Entlastungen durch aufgrund der günstigen Wirtschaftsentwicklung entstehende Steuermehreinnahmen und geringere Arbeitsmarktausgaben;
- Zielgerichtete Privatisierungen.

Die Bundesregierung unterstreicht dabei ihre Absicht, einmalige Mehreinnahmen nicht zur Finanzierung von dauerhaft wirkenden Steuersenkungen und Ausgabenprogrammen zu verwenden. Dies findet seinen Niederschlag auch bei der Verwendung der Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunk-Lizenzen (UMTS): Die Versteigerungserlöse werden in vollem Umfang zur Schuldentilgung verwandt.

Die Politik der Bundesregierung, die Staatsschulden zurückzuführen, verringert die Zinsausgaben des Bundes und eröffnet damit neue Gestaltungsspielräume zugunsten von Zukunftsinvestitionen.

Über die Verwendung der eingesparten Zinsausgaben wird die Bundesregierung zusammen mit den Koalitionsfraktionen im Laufe des Herbstes entscheiden.

C. Steuerreform 2000

Der strikte Konsolidierungskurs der Bundesregierung schafft die Voraussetzungen für wachstums- und beschäftigungsfreundliche Steuersenkungen. Neben der Reform des Rentensystems bilden die Steuerreformmaßnahmen einen wesentlichen Bestandteil des deutschen Strukturreformpakets.

- Mit dem Steuerentlastungsgesetz hat die Bundesregierung für den Zeitraum 1999 bis 2002 insgesamt eine Entlastung der Steuerzahler in Höhe von rund 30 Mrd. DM beschlossen.
- Mit der Steuerreform 2000 werden schwerpunktmäßig Arbeitnehmer und Familien sowie die mittelständische Wirtschaft bis zum Jahr 2005 nochmals um gut 62 Mrd. DM entlastet. Davon entfallen rund 33 Mrd. DM auf die privaten Haushalte, 23 Mrd. DM auf den Mittelstand und rund 7 Mrd. DM auf die Großunternehmen.
- Das gesamte Entlastungsvolumen der Steuerreformmaßnahmen wird bei voller Wirksamkeit aller Maßnahmen im Jahr 2005 auf über 93 Mrd. DM im Vergleich zum Amtsantritt der Bundesregierung im Jahr 1998 ansteigen.

Eckpfeiler der Steuerreform 2000 sind die grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung und eine Reform des Steuertarifs:

- Mit der Reform der Unternehmensbesteuerung setzt die Bundesregierung gezielte Impulse für Deutschland als international wettbewerbsfähigem Investitionsstandort.

Sie läßt sich wie folgt skizzieren:

- Die Körperschaftsteuer wird von 40 % (Einbehaltungssatz) bzw. 30 % (Ausschüttungssatz) auf einheitlich 25% gesenkt.
 - Das körperschaftsteuerliche Vollarrechnungsverfahren wird durch das Halbeinkünfteverfahren ersetzt. Damit wird eine gleichmäßige Belastung nationaler und internationaler Investoren erreicht.
 - Für Personenunternehmen wird die Einkommensteuer durch pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer ermäßigt.
 - Nach der Reform liegt die steuerliche Belastung der Körperschaften zusammen mit der Gewerbesteuer im Durchschnitt bei nur noch 38 ½ %. Damit befindet sich Deutschland im internationalen Vergleich der Steuersysteme im Mittelfeld, nachdem es vorher mit die höchste Belastung aufwies.
 - Mit diesem Vorhaben ist auch eine Strukturreform bei der Besteuerung der Unternehmen verbunden. So wird beispielsweise das Problem der Doppelbelastung bei Körperschaften (Besteuerung der Gewinne auf der Ebene der Körperschaft und der ausgeschütteten Gewinne auf der Ebene der Anteilseigner) ab 2002 mit dem neuen Halbeinkünfteverfahren in pauschaler Form - und zwar über eine jeweils ermäßigte Besteuerung der beiden Ebenen - gelöst.
 - Ein Ergebnis der konsequenten Umsetzung dieses Systemwechsels vom Vollarrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren ist die Steuerfreiheit von Gewinnen, die Kapitalgesellschaften bei der Veräußerung ihrer Beteiligungen an anderen Kapitalgesellschaften erzielen. Unternehmensverkäufe werden dadurch wesentlich erleichtert und effizientere Unternehmensstrukturen ermöglicht.
- Die Tarifreform trägt zu einer Entlastung von Kleinunternehmen, Arbeitnehmern und Familien bei.

Eckwerte der Tarifreform sind:

- Senkung des Eingangssteuersatzes in drei Stufen bis zum Jahr 2005 von bisher 22,9 % auf 15 %.

- Anhebung des Grundfreibetrages von gegenwärtig 13.499 DM ebenfalls in drei Stufen auf 14.989 DM.
- Senkung des Spitzensteuersatzes für die Einkommensteuer von derzeit noch 51 % in drei Stufen bis 2005 auf 42 %.
- Abflachung der Progression im mittleren Einkommensbereich.

Die Tarifreform trägt zu einer Steigerung der Konsum- und Sparfähigkeit von privaten Haushalten bei. Die Absenkung des Eingangssteuersatzes erhöht zugleich die Anreize zur Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich und kann so die Wiedereingliederung von gering Qualifizierten in den Arbeitsmarkt erleichtern.

Die Steuerreform 2000 stärkt Angebot und Nachfrage gleichermaßen. Sie dient dazu, den Wachstumsprozess in Deutschland nachhaltig zu stärken, nicht zuletzt, um an die dynamischere Entwicklung in anderen EU-Mitgliedstaaten anzuknüpfen.

D. Fortsetzung der ökologischen Steuerreform

Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung den Einstieg in eine ökologische Steuerreform vollzogen. Zum 1. April 1999 wurde eine Stromsteuer in Höhe von 2 Pfennigen je Kilowattstunde eingeführt, die Mineralölsteuer auf Kraftstoffe um 6 Pfennige je Liter und – einmalig - auf leichtes Heizöl um 4 Pfennige je Liter erhöht, sowie eine Belastung von Erdgas mit 0,32 Pfennigen je Kilowattstunde eingeführt.

Die Ökologische Steuerreform soll – unter Beibehaltung der Sonderregelungen für die Wirtschaft – bis zum Jahr 2003 stufenweise fortgeführt werden. Die Steuersätze für Kraftstoffe werden dabei jährlich jeweils um 6 Pfennige je Liter erhöht. Der Steuersatz auf Strom wird jährlich um 0,5 Pfennig pro Kilowattstunde angehoben. Dieses Vorgehen schafft marktwirtschaftliche Anreize für einen sparsameren und gesamtwirtschaftlich sinnvollen Ressourcenverbrauch.

Die Mittel aus der Ökosteuereform dienen zur Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung. Hierdurch wird der Faktor Arbeit entlastet. Der Erfolg dieser Politik ist daran ablesbar, dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung seit Ende 1998 von 20,3 auf 19,3 % abgesenkt werden konnte.

Zugleich wird der Strukturwandel der deutschen Wirtschaft beschleunigt. So wird das Innovationspotential im Bereich Energieeinsparung besser ausgeschöpft und umweltfreundlichen Technologien der Weg auf die Märkte erleichtert.

Auf diese Weise trägt die Steuerpolitik zum ökologischen Umbau der deutschen Volkswirtschaft bei. Die Bundesregierung ist darüber hinaus bestrebt, bei der Energiebesteuerung eine europaweite Lösung herbeizuführen.

III. Verbesserung von Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

A. Zukunftsorientierte Haushaltspolitik zur Verbesserung der Budgetqualität

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2001 und der mittelfristige Finanzplan sind nicht nur Ausdruck der Konsolidierungs-, sondern vor allem auch der Reformanstrengungen der Bundesregierung. Trotz der hohen Ausgabendisziplin werden zukunftsorientierte Schwerpunkte zur Verbesserung der Budgetqualität gesetzt:

- **Forschung, Bildung und Wissenschaft:** Die stärkere Berücksichtigung dieses Bereichs steht im Einklang mit den Schlussfolgerungen des ER Lissabon. Dies trägt dazu bei, den Übergang Deutschlands zu einer wettbewerbsfähigen, dynamischen und wissensbasierten Wirtschaft zu beschleunigen. Seit dem Bundeshaushalt 1999 werden hierfür jährlich ansteigende Mittel bereitgestellt. Im Bundeshaushalt 2001 sind zusätzliche Mittel für diesen Bereich vorgesehen. Sie werden mit Zinsersparnissen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen finanziert.

Wesentliche Handlungsfelder sind hier:

- **Stärkung der Hochschulbauförderung:** Der Bund wird hier im kommenden Jahr rund 215 Mio. DM mehr Mittel einsetzen. Insgesamt sind für diesen Zweck rund 2,2 Mrd. DM vorgesehen.

- Umsetzung der Bafög-Reform: Der Bund wird in 2001 rund 400 Mio. DM und ab 2002 rund 500 Mio. DM zusätzlich pro Jahr für die Ausbildungsförderung zur Verfügung stellen.
- Ausbau der Projektförderung: Für den Ausbau der Projektförderung stellt der Bund in 2001 zusätzliche Mittel in Höhe von rund 280 Mio. DM zur Verfügung. Dies kommt vor allem wichtigen Zukunftsbereichen wie z.B. Informations- und Kommunikationstechnik, Biotechnologie und Molekulare Medizin zugute.
- Erziehungsgeld und Wohngeld: Für die Erziehungsgeldnovelle werden 300 Mio. DM zusätzlich zur Verfügung gestellt. Sie kommt besonders jungen Familien mit mittlerem Einkommen zugute. Für die Erhöhung des allgemeinen Wohngeldes zum 1. Januar 2001 werden im Bundeshaushalt rund 500 Mio. DM zur Verfügung gestellt.
- Verkehrsinfrastruktur: Angesichts der prognostizierten Steigerungen im Personenverkehr um 20 % und im Güterverkehr um 50 % bis zum Jahre 2015 gilt es, die Infrastruktur zu sichern. So garantiert das Investitionsprogramm 1999 – 2002 mit Investitionen in Höhe von mehr als 67 Mrd. DM Kontinuität bei Planung und Bauinvestitionen. Ein beträchtlicher Teil der oben bereits erwähnten Zinersparnisse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen wird für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur unter besonderer Berücksichtigung des Schienennetzes verwendet werden.
- Arbeitsmarktpolitik: Auch in 2001 wird das erfolgreiche Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit fortgesetzt. Auch das Langzeitarbeitslosenprogramm wird fortgeführt. Beide bilden eine Brücke zum Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt.
- Reform der Steuer- und Sozialleistungssysteme: Der fortgesetzte Konsolidierungskurs schafft die Basis für den Abbau der Steuerbelastung wie ihn die Steuerreform 2000 vorsieht. Gleichzeitig sorgen Reformen der sozialen Sicherungssysteme dafür, dass Finanzierbarkeit und Leistungsfähigkeit dieser Systeme langfristig in Einklang gehalten werden. Auch hier befindet sich die Politik der Bundesregierung im Einklang mit den Schlussfolgerungen des ER Lissabon.

B. Rentenreform als Beitrag zu soliden Staatsfinanzen

Ziel der Bundesregierung ist die Umsetzung eines Alterssicherungskonzeptes, das den demographischen Herausforderungen und zugleich dem Aspekt der Generationengerechtigkeit Rechnung trägt. Die Bundesregierung will eine Reform, die zu einer langfristigen Stabilisierung des Alterssicherungssystems führt und sowohl für Beitragszahlende als auch für Rentner attraktiv und zuverlässig ist.

Wesentliche Elemente des Rentenreformkonzeptes sind u.a.:

- Rückkehr zu den Grundsätzen der Nettoanpassung der Renten;
- schrittweiser Aufbau einer freiwilligen und kapitalgedeckten zusätzlichen Altersvorsorge mit staatlicher Förderung;
- Einfügung eines Ausgleichsfaktors in die Rentenberechnungsformel ab 2011, der stufenweise einsetzt und das Rentenniveau auch für Rentenzugänge ab 2030 auf 64 % hält.

Mit dieser Reform wird angestrebt, dass die Beitragssätze bis zum Jahr 2020 unter 20 % liegen. Danach ist ein moderater Anstieg auf maximal 22 % bis zum Jahr 2030 vorgesehen. Damit leistet die Rentenreform auch einen wichtigen Beitrag zur Begrenzung der Lohnnebenkosten zur Steigerung der Einkommen und Kaufkraft von Arbeitnehmerhaushalten und damit zu mehr Wachstum und Beschäftigung.

Als Teil des Zukunftsprogramms unterstützt die Rentenreform die Konsolidierungsbemühungen der Bundesregierung. Der Bund wird durch die Beitragssatzsenkung in der Rentenversicherung langfristig beim allgemeinen Bundeszuschuss und den Beiträgen für Kindererziehungszeiten entlastet und zwar im Jahr 2030 um 16,3 Mrd. DM.

Die Grundsätze der Rentenreform werden auf die anderen bundesgesetzlich geregelten Alterssicherungssysteme – insbesondere die Beamtenversorgung – übertragen.

IV. Weitere Strukturreformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung

Der Reformprozess schreitet in Deutschland neben den genannten Maßnahmen auch in anderen Bereichen voran. Die Bundesregierung bringt eine Vielzahl weiterer Strukturreformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung auf den Weg.

Derartige Reformen werden im nationalen Strukturreformbericht, den die Bundesregierung Ende November 2000 im Rahmen des Cardiff-Prozesses vorlegen wird, ausführlich dargestellt. Darum seien hier nur einige Beispiele genannt:

- Marktöffnung und Wettbewerb in ehemaligen Monopolbereichen: Insbesondere in der Telekommunikation und in der Elektrizitätsversorgung haben Marktöffnung und Wettbewerb zu erheblichen Preissenkungen und zahlreichen innovativen Maßnahmen geführt. Die Bundesregierung setzt diese Politik daher konsequent fort. Der Ordnungsrahmen für die Telekommunikation wird mit dem Ziel weiterentwickelt, die Regulierungsintensität in den Bereichen zu reduzieren, in denen bereits funktionsfähiger und strukturell gesicherter Wettbewerb entstanden ist. Der Markt für mobile Multimediaanwendungen ist mit der Vergabe der UMTS-Lizenzen in einem wettbewerblichen Versteigerungsverfahren geöffnet worden.

Bei den Postdienstleistungen tritt die Bundesregierung für signifikante Marktöffnungsschritte innerhalb des europäischen Binnenmarktes ab 2003 ein. Ziel ist es dabei, die Öffnung des Postmarktes in Deutschland im Einklang mit der Entwicklung in Europa fortzuführen, damit im europäischen Binnenmarkt gleiche Wettbewerbschancen für alle Postunternehmen geschaffen werden.

Die Märkte für Strom und Gas sind in Deutschland vollständig liberalisiert worden. Dabei wirkt die Bundesregierung darauf hin, dass durch Verbändevereinbarungen ein einfacher Netzzugang zu transparenten Konditionen ermöglicht wird.

Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und die volle Wirksamkeit der Liberalisierung auf Dauer zu sichern, setzt sich die Bundesregierung für eine gleichgewichtige und zügige Marktöffnung bei Strom und Gas in den europäischen Partnerstaaten ein. Ziel muss die vollständige Marktöffnung in allen EU-Mitgliedstaaten sein.

- Nutzung der neuen Informationstechnologien:

Das Aktionsprogramm „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“, das sich in seiner Zielsetzung weitgehend mit der vom ER Feira beschlossenen „eEurope-Initiative“ deckt, wird beschleunigt durchgeführt. Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften und anderen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen wirkt die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode u.a. auf eine deutliche Steigerung des Anteils der Internet-Nutzer an der Gesamtbevölkerung hin.

Um eine rasche weitere Verbreitung der wirtschaftlichen Nutzung des Internets zu fördern, wird die E-commerce-Richtlinie zügig in nationales Recht umgesetzt. Die Richtlinie überträgt das Prinzip des freien Dienstleistungsverkehrs auf den elektronischen Handel. Um dies zu ermöglichen und um eine Diskriminierung inländischer Anbieter zu vermeiden, werden u.a. die restriktiven Regelungen des Rabatt- und des Zugaberechts abgebaut.

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU:

Kleine und mittlere Unternehmen sind durch Globalisierung und das Vordringen neuer Technologien vor besondere Herausforderungen gestellt. Einen besonderen Schwerpunkt der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung nimmt daher die Gestaltung von Rahmenbedingungen ein, die kleinen und mittleren Unternehmen eine erfolgreiche Anpassung im Strukturwandel ermöglicht. Durch die Reformen in der Besteuerung wird der Mittelstand um rund 30 Mrd. DM entlastet.

Darüber hinaus werden Bürokratiebelastungen konsequent weiter abgebaut, der Zugang zu Beteiligungskapital für junge technologieorientierte Unternehmen erleichtert und die Existenzgründungsförderung auf hohem Niveau fortgesetzt.

V. Perspektiven der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2000 bis 2004

A. Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft befindet sich derzeit in einer Phase kräftiger Expansion. Seit Mitte 1999 hat sich die weltweite konjunkturelle Dynamik erheblich beschleunigt; Produktion und Nachfrage sind in nahezu allen Regionen deutlich aufwärts gerichtet. Dies spiegelt sich auch im Welthandel wider, der im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich zugelegt hat. Neben den positiven Impulsen, die von der fortgesetzten Erholung in den Entwicklungs- und Schwellenländern auf die Weltwirtschaft ausgingen, trugen vor allem das anhaltend robuste Wirtschaftswachstum in den USA sowie die Kräftigung des Aufschwungs in Westeuropa zu dieser Entwicklung bei. Auch in Japan mehren sich die Anzeichen für eine konjunkturelle Beschleunigung.

Von der weltwirtschaftlichen Belebung haben vor allem die deutschen Exporteure profitiert. Im ersten Halbjahr 2000 lag die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um real 14,3 % über dem Vorjahresniveau, wobei insbesondere die Nachfrage aus Drittländern außerhalb der EU deutliche Zuwächse aufwies. Der Außenbeitrag leistete damit einen wichtigen Wachstumsbeitrag in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Von dem realen BIP-Anstieg im ersten Halbjahr 2000 um 3,3% ging im Vorjahresvergleich gut ein Prozentpunkt auf den Außenbeitrag zurück. Im weiteren Jahresverlauf und im kommenden Jahr wird sich die Dynamik der weltwirtschaftlichen Entwicklung vorraussichtlich etwas abflachen. Einerseits gehen von der Geldpolitik in den Industrieländern (USA, Westeuropa) keine positiven Wachstumsimpulse mehr aus. Andererseits ist eine fortgesetzte Beschleunigung des Produktionsanstiegs in den Entwicklungs- und Schwellenländern nicht zu erwarten. Allein Japan dürfte unter den Industrienationen im Jahresdurchschnitt 2001 ein signifikant höheres Wirtschaftswachstum ausweisen.

B. Zugrunde liegende Annahmen für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

Für den Zeitraum bis 2001 beruht die Projektion auf folgenden Annahmen:

- Die weltwirtschaftliche Produktion legt in diesem Jahr mit real rund 4 ½ % im Vergleich zu 1999 wieder kräftiger zu; in 2001 schwächt sie sich leicht auf gut 4 % ab.
- Neben einem bisher unverändert dynamischen Wachstum in den USA hat mittlerweile auch der wirtschaftliche Aufschwung in Europa zunehmend an Fahrt gewonnen. Das erwartete Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone fällt mit rund 3 ½ % in diesem und gut 3 % im nächsten Jahr erkennbar stärker aus als 1999.
- Das Wachstum des Welthandels wird für 2000 mit 9 bis 10 % ebenfalls deutlich höher als 1999 erwartet; im kommenden Jahr dürfte es sich wieder auf rund 7 ½ % verlangsamen. In diesem Jahr können die deutschen Exporteure aufgrund der günstigen preislichen Wettbewerbsfähigkeit und der Güterstruktur wieder Marktanteile auf dem Weltmarkt gewinnen.
- Die Preisentwicklung verläuft in Deutschland trotz ölpreisbedingter Verteuerung auf absehbare Zeit in ruhigen Bahnen; das Stabilitätsziel der Europäischen Zentralbank gerät nicht in Gefahr. Eine stabilitäts- und beschäftigungsorientierte Lohnpolitik sowie stabile bis leicht rückläufige Lohnstückkosten dämpfen den binnenwirtschaftlichen Preisanstieg.

C. Entwicklung 2000 und 2001 in Deutschland

Deutschland befindet sich gegenwärtig in einem ausgeprägten Konjunkturaufschwung, der an Breite gewinnt und ohne nachhaltige inflationäre Verspannungen verläuft. In ihrer Frühjahrsprognose ging die Bundesregierung von einem realen Wachstum für 2000 von 2 ¾ % aus. Nach einem guten Halbjahresergebnis kann im Jahr 2000 insgesamt ein reales Wachstum von 3 % erreicht werden. In 2001 dürfte das Bruttoinlandsprodukt real in annähernd gleicher Größenordnung zunehmen.

Einerseits haben die deutschen Exporte von dem günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld und der gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit profitiert und wesentlich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen. Andererseits sind inzwischen die positiven Impulse auch auf die Binnennachfrage übergesprungen – getragen vor allem vom Privaten Konsum und den Ausrüstungsinvestitionen.

Die Aussichten für eine anhaltende Konsumbelebung verbessern sich weiter. Dafür sprechen die steuerlichen Entlastungen und die Entlastung bei den Lohnnebenkosten durch die Senkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung, die neben den Lohnerhöhungen und der zunehmende Beschäftigung zu günstigen Einkommensperspektiven beitragen. Angesichts der weit über dem langjährigen Durchschnitt liegenden Neigung der privaten Haushalte zur Anschaffung langlebiger Konsumgüter kann eine spürbare Ausweitung der privaten Konsumausgaben insbesondere im kommenden Jahr erwartet werden.

Anhaltend dynamisch dürften sich die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln. Die gestiegene Auslandsnachfrage, die verbesserten binnenwirtschaftlichen Aussichten, die hohe Kapazitätsauslastung, der weiterhin bestehende Bedarf an Ersatzinvestitionen und Vorzieheffekte aufgrund der Unternehmenssteuerreform unterstützten die Investitionstätigkeit in diesem Jahr. Die Bauinvestitionen stellen – wie schon in den vergangenen Jahren – das schwächste Glied im gesamtwirtschaftlichen Gefüge dar. Vor allem in den Neuen Ländern ist noch ein erheblicher Überhang der Kapazitäten feststellbar. Erst im kommenden Jahr könnte – getragen von der Entwicklung in den alten Ländern – eine Trendwende bei den gesamtdeutschen Bauinvestitionen erkennbar werden.

Deutliche positive Wachstumsbeiträge für dieses Jahr werden vom Außenhandel erwartet. Der breite weltwirtschaftliche Aufschwung, insbesondere auch im Euro-Raum, dem wichtigsten Absatzmarkt für deutsche Waren und Dienstleistungen, eröffnet günstige Absatzchancen. Aber auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie im asiatischen Raum macht sich die wirtschaftliche Belebung bemerkbar. Unterstützt wird diese günstige Entwicklung durch die gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure auf dem Weltmarkt. Damit dürfte in diesem Jahr der deutsche Anteil am Welthandelsvolumen wieder zunehmen.

Im kommenden Jahr werden sich die außenwirtschaftlichen Impulse – entsprechend der erwarteten weltwirtschaftlichen Entwicklung – aller Wahrscheinlichkeit nach abschwächen. Im Projektionszeitraum wird insgesamt nicht mit einer weiteren Beschleunigung der konjunkturellen Dynamik gerechnet.

D. Mittelfristige Wachstumsperspektiven

Der reale Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren seit der Wiedervereinigung betrug durchschnittlich lediglich 1 ½ % p.a. Allerdings gab es in den 90er Jahren erhebliche Wachstumsschwankungen, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung auftraten. Der auf Basis der 90er Jahre errechnete Wachstumstrend dürfte den in Zukunft möglichen Anstieg daher unterzeichnen.

Auf der anderen Seite lässt sich auch die erwartete konjunkturelle Entwicklung in den Jahren 2000 und 2001 nicht einfach auf das über einen längeren Zeitraum zu erwartende Ergebnis übertragen.

Im Vordergrund der mittelfristigen Betrachtung steht vielmehr die Entwicklung der Wachstumspotentiale der Wirtschaft. Bundesregierung und Tarifpartner haben mit der Einleitung struktureller Reformen bzw. mit längerfristigen stabilitäts- und beschäftigungsorientierten Tarifabschlüssen die Chancen, einen höheren Wachstumspfad zu erreichen, deutlich verbessert. Die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2004 geht davon aus, dass durch weitere erhebliche Anstrengungen der am Wirtschaftsprozess Beteiligten die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden.

Das in der mittelfristigen Projektion bis 2004 unterstellte Wachstum von real rd. 2 ½ % p.a. liegt dementsprechend etwa einen Prozentpunkt über dem durchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der letzten Jahre.

Mit der breiten Anwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen sich in Europa und Deutschland zusätzliche Chancen für eine stärkere Ausweitung des Produktionspotentials.

E. Übersicht**Tabelle 2: Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die Jahre 2000 bis 2004**

	1999	2000	2001	2004/01	2004/99
	Veränderung p.a. in % für den Projektionszeitraum gerundet				
<u>Verwendung des BIP (in Preisen von 1995):</u>					
Konsumausgaben privater Haushalte *)	2,6	2	3	2 ½	2 ½
Konsumausgaben des Staates	- 0,1	½	½	½	½
Bruttoanlageinvestitionen	3,3	3 ½	3 ½	3	3 ½
darunter: Bruttoanlageinvestitionen des Staates	5,4	½	½	1 ½	1 ½
Export	5,1	8 ½	6 ½	5	6
Import	8,1	7 ½	7 ½	5 ½	6
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2 ¾	2 ¾	2 ½	2 ½
<u>Preisentwicklung (1995 = 100):</u>					
Konsumausgaben privater Haushalte *)	0,3	1 ½	1	1 ½	1 ½
Bruttoinlandsprodukt	0,9	½	1 ½	1 ½	1 ½
<u>Erwerbstätige</u>	1,1	½	1	½	½

*) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

1999: Vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes vom September 2000.

2000 und 2001: Ergebnisse des interministeriellen Arbeitskreises „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ vom Mai 2000.

2002 bis 2004: Mittelfristige Projektion, Mai 2000, Überprüfung der Projektion Ende Oktober 2000

VI. Mittelfristige Perspektiven für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte

A. Entwicklung des Finanzierungssaldos

Die in diesem Stabilitätsprogramm vorgelegte Projektion für das laufende Jahr wird nicht zuletzt durch zwei besondere Umstände beeinflusst:

- Am 18. August 2000 wurde die Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Deutschland abgeschlossen. Die erzielten Erlöse, rund 99,4 Mrd DM, werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entsprechend einer Eurostat-Entscheidung als Verkauf eines „nichtfinanziellen Vermögensgutes“ behandelt. Die Erlöse wirken somit defizitverbessernd und führen dazu, dass der Staatssektor in diesem Jahr einen deutlichen Überschuss aufweisen wird.
- Ende August 2000 legte das Statistische Bundesamt revidierte Daten für die vergangenen Jahre vor. Danach sind insbesondere die Defizite der letzten beiden Jahre ungünstiger ausgefallen als zuletzt gemeldet; für 1999 liegt das Defizit nunmehr mit - 1,4 % um drei Zehntelpunkte über dem März-Stand. Ursachen für diese Verschlechterung waren zum einen Korrekturen im Zusammenhang mit der Umstellung auf das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995, zum anderen die Berücksichtigung neuer Basisdaten der Finanz- und der Zahlungsbilanzstatistik. Die Revision bestätigt im übrigen, dass die Umstellung vom alten Regelwerk auf das ESVG 1995 die Defizitquoten in Deutschland kaum verändert hat.

Die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen führen zu einer einmaligen, sprunghaften Verbesserung der Defizit- bzw. Überschussquote. Während die amtliche Statistik den Überschuss entsprechend den Regeln des ESVG ausweisen wird, ist eine Datenreihe, die diesen Einmaleffekt abbildet, für die Beurteilung der finanzpolitischen Entwicklung kaum geeignet. Für die politische Bewertung ist ein Saldo ohne Berücksichtigung der UMTS-Erlöse zweckmäßiger.

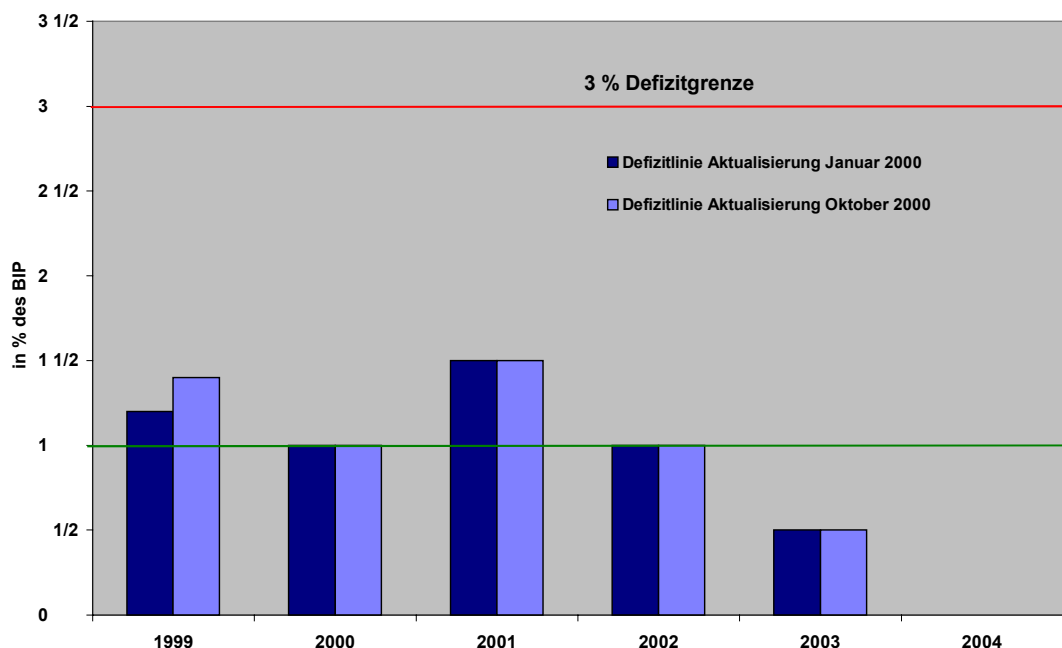
Tabelle 3: Entwicklung der Defizit-/Überschussquote bis 2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Defizit-/Überschussquote	- in % des BIP -					
- Stand Januar 2000	- 1,2	- 1	- 1 ½	- 1	- ½	-
- Stand September 2000						
- ohne UMTS-Erlöse	- 1,4	- 1	- 1 ½	- 1	- ½	0
- mit UMTS-Erlösen		+ 1 ½				

Der Projektion vom Januar 2000 lag eine vergleichsweise günstige Entwicklung der Basiswerte 1998 und 1999 zugrunde. Nach den seinerzeit vorliegenden Daten war 1998 eine Defizitverbesserung um 0,9 Prozentpunkte auf – 1,7 % des BIP gelungen, für 1999 wiesen die ersten Ergebnisse ein um weitere 0,5 Prozentpunkte günstigeres Defizit (- 1,2 % des BIP) aus. Trotz der zu Jahresbeginn wirksam gewordenen steuerlichen Entlastungen wurde im Januar für das laufende Jahr ein Zielwert von – 1 % angesetzt. Der im März auf – 1,1 % korrigierte Saldo für 1999 bestätigte die Projektion für 2000.

Grundsätzlich müsste die nunmehr erfolgte Basisverschlechterung aufgrund der Augustrevision auf die nachfolgenden Jahre durchwirken. Auch sind für das Jahr 2000 zusätzliche Haushaltsbelastungen zu berücksichtigen, etwa der Beitrag des Bundes zur Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ („Zwangsarbeiterentschädigung“) oder zusätzliche Ausgaben für die Postunterstützungskassen. Andererseits zeichnet sich eine günstige Einnahmenentwicklung ab, die zu Mehreinnahmen gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 2000 führen dürfte. Zudem kann mit Minderausgaben aufgrund der verbesserten Arbeitsmarktsituation gerechnet werden. Insgesamt kann der angestrebte Saldo von – 1 % des BIP gehalten werden. Unter Einschluss des UMTS-Erlöse errechnet sich ein Überschuss von 1 ½ % des BIP.

Abbildung 1: Entwicklung der Defizitquote bis 2004



Die beschlossenen Steuersenkungen sollen Wachstum und Beschäftigung in Deutschland dauerhaft fördern. Dafür muss im kommenden Jahr ein vorübergehendes Ansteigen des Defizits auf $-1\frac{1}{2}$ % des BIP in Kauf genommen werden. Diese Defizitverschlechterung signalisiert jedoch keine Abkehr der öffentlichen Haushalte vom Konsolidierungskurs. Im Gegenteil: Die Gebietskörperschaften werden vielmehr einen Teil der Einbußen auf der Einnahmenseite durch die Begrenzung ihrer Ausgaben ausgleichen. Durch strikte Ausgabendisziplin wird ermöglicht, dass vom gesamten Entlastungsvolumen von rund einem Prozentpunkt des BIP nur etwa die Hälfte defizitwirksam wird. Auch die günstige wirtschaftliche Entwicklung spielt hierbei – auf der Einnahmenseite – eine Rolle. Ohne Einfluss auf das „Maastricht-Defizit“ bleiben hingegen die zusätzlichen Einnahmen der Haushalte aller Ebenen aus Beteiligungsverkäufen.

Im Jahr 2002 wird, getragen von der Fortführung der restriktiven Ausgabenpolitik, wieder ein Defizit von -1 % erreicht. Die Entlastungsstufe 2003 der Steuerreform fügt sich nahtlos in die Konsolidierungslinie der öffentlichen Haushalte ein. Trotz einer weiteren Entlastung der Bürger kann das Defizit auf $-\frac{1}{2}$ % zurückgeführt werden.

Im Jahr 2004, dem Endjahr der Projektion, wird das Staatskonto ein ausgeglichenes Ergebnis aufweisen. Damit wird Deutschland dem Anliegen gerecht, einen zusätzlichen „Sicherheitsabstand“ zum mittelfristigen Defizitziel zu schaffen.

Tabelle 4: Defizite/Überschüsse nach Ebenen

(in Abgrenzung der VGR; 2000 ohne UMTS-Erlöse)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Finanzierungssalden	- Mrd DM -					
Bund einschließlich Sonderrechnungen	- 59,9	rd. -45	rd. -55	rd. -40	rd. -30	rd. -20
Länder und Gemeinden	- 5,9	rd. -5	rd. -20	rd. -10	rd. -5	rd. +10
Sozialversicherungen	+ 10,8	rd. 0	rd. +5	rd. +5	rd. +5	rd. +5
Staat	- 55,0	-40 bis -50	-65 bis -75	-40 bis -50	-25 bis -35	+5 bis -5
Staatsdefizit in % des BIP	- 1,4	- 1	- 1 ½	- 1	- ½	0

Ab 2000: Salden auf volle 5 Mrd DM gerundet

B. Entwicklung der Ausgaben

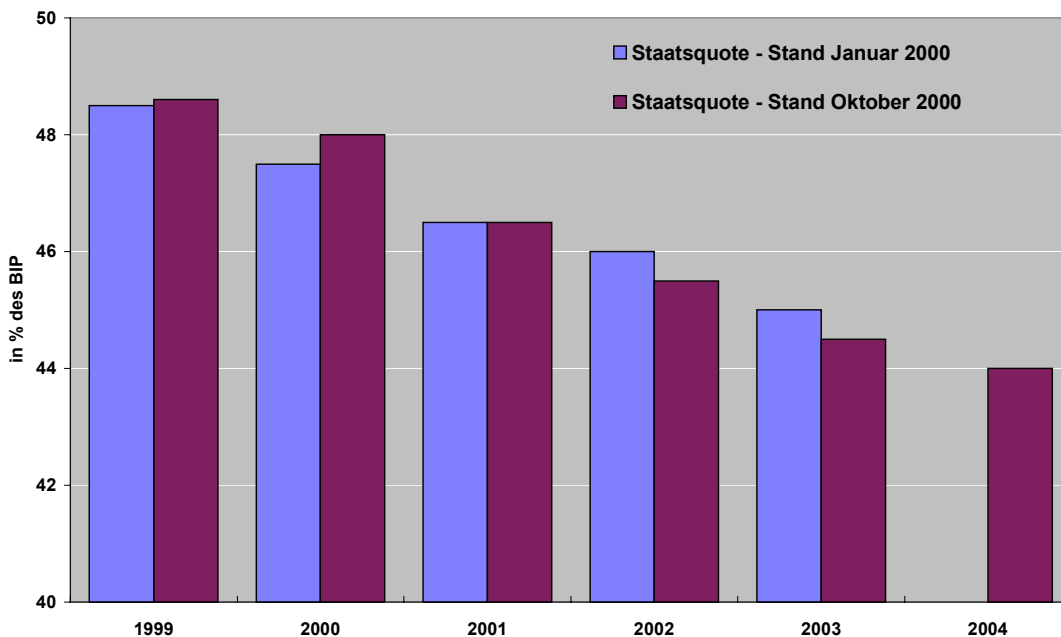
Die konsequente Ausgabenbegrenzung findet ihren Niederschlag in einem kontinuierlichen Rückgang der Staatsausgabenquote. Mit einem jahresdurchschnittlichen Anstieg der Staatsausgaben von 2 % bleibt der Zuwachs deutlich hinter dem Wachstum des nominalen Bruttoinlandsproduktes zurück. Schon im laufenden Jahr wird die Staatsquote, nicht zuletzt durch die Maßnahmen des Zukunftsprogramms der Bundesregierung, auf 48 % des BIP absinken. Eine weitere Reduzierung bis auf 47 ½ %, wie im Januar unterstellt, ist angesichts der leichten Basisverschlechterung und der genannten zusätzlichen Belastungen in diesem Jahr nicht mehr zu erreichen.

Dabei ist nicht berücksichtigt, dass die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) als negative Größe auf der Ausgabenseite nachgewiesen werden. Statistisch resultiert daraus für 2000 eine Staatsquote von 45 ½ %.

Tabelle 5: Entwicklung der Staatsquote bis 2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Staatsquote	- in % des BIP -					
- Stand Januar 2000	48,5	47 ½	46 ½	46	45	-
- Stand September 2000						
- ohne UMTS-Erlöse	48,6	48	46 ½	45 ½	44 ½	44
- mit UMTS-Erlösen		45 ½				

In den Folgejahren unterschreitet die Quote jedoch die zu Jahresbeginn angestrebten Zielwerte. Die stetige Rückführung setzt sich auch im Endjahr 2004 bis auf 44 % fort. Im Zeitraum 1999 bis 2004 wird die Staatsquote somit um rund 4 ½ Prozentpunkte abgebaut.

Abbildung 2: Entwicklung der Staatsquote bis 2004

Seit Mitte des Jahres liegt eine verbindliche Definition der Einnahmen und Ausgaben des Staates in der Terminologie des ESVG vor. Die verbesserte internationale Vergleichbarkeit der Daten ermöglicht es, auf die Entwicklung einzelner Einnahmen- und Ausgabenarten im Verhältnis zum BIP und den Gesamtausgaben einzugehen.

Grundsätzlich führt der erwartete Rückgang der Staatsquote auch zu einem Rückgang der BIP-Anteile der einzelnen Ausgabenarten. Die Betrachtung der Entwicklung der Ausgabenarten auf Basis der Gesamtausgaben macht demgegenüber die strukturellen Verschiebungen innerhalb des Staatssektors deutlich.

Die Ausgaben für Vorleistungskäufe, Arbeitnehmerentgelte und Soziale Sachleistungen werden im Projektionszeitraum um jahresdurchschnittlich 1 ½ % zunehmen. Gemessen am BIP wie auch an den Gesamtausgaben verlieren diese Ausgaben in den kommenden Jahren an Gewicht: nach 40,4 % in 1999 schrumpft der Anteil am Gesamtbudget bis 2004 auf unter 40 %. Hierbei schlägt sich unter anderem das Zukunftsprogramm, aber auch der anhaltende Abbau von Personal im öffentlichen Dienst nieder.

Bei den monetären Sozialleistungen, unter denen Renten und Pensionen, aber auch Leistungen wie Kindergeld und Arbeitslosenhilfe zusammengefasst werden, ist mit einem jährlichen Anstieg von 2 % zu rechnen. Die Sozialleistungen der Sozialversicherungen nehmen dabei stärker zu als die der Gebietskörperschaften, bei denen unter anderem die abnehmenden Zahlungen für die Arbeitslosenhilfe dämpfend wirken. Der Anteil an den Gesamtausgaben bleibt mit rund 39 % bis 2004 konstant.

Mit 7 ½ % liegt der Anteil der Zinsen an den Gesamtausgaben am Ende des Projektionszeitraums auf dem Stand von 1999. Der jahresdurchschnittliche Anstieg der Zinsausgaben beträgt 2 %. Einer steigenden Zinsbelastung durch die in den kommenden Jahren noch notwendige Nettokreditaufnahme wirken die Zinsersparnisse aufgrund der Schuldentilgung aus den UMTS-Erlösen entgegen. Die Planung geht im Jahr 2006 von einem ausgeglichenen Bundeshaushalt aus. Mit der weiteren Reduzierung der finanzstatistischen Defizite wird die Voraussetzung für eine Trendumkehr bei der Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte geschaffen.

Der seit Mitte der 90er Jahre zu beobachtende Rückgang der Investitionsquote wird gestoppt. Ausgelöst durch das Auslaufen von Sondereffekten aus der Wiedervereinigung - aber auch konsolidierungsbedingt - war der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP von 2,9 % im Jahr 1992 bis auf 1,8 % in den beiden letzten Jahren abgesunken.

Ihr Anteil an den Gesamtausgaben ging im selben Zeitraum von 6,1 auf 3,8 % zurück. Mit der Absicht, die Zinsersparnisse aus der Schuldenreduzierung durch die UMTS-Erlöse im Jahr 2001 für zukunftsorientierte Ausgaben einzusetzen, wird dieser Tendenz entgegengewirkt. Die Investitionen wachsen bis 2004 jahresdurchschnittlich um 2 % und damit proportional zum Gesamtbudget. Im Jahr 2004 werden 4 % der gesamten Ausgaben investiert.

Die übrigen Transfers steigen im Projektionszeitraum mit jährlich + 2 % ebenfalls an und beanspruchen gleichbleibend rund 10 % der Ausgaben. Einerseits dämpfen rückläufige Subventionen die Dynamik. Andererseits spielen die wegen der Systemumstellung der Wohneigentumsförderung noch ansteigende Eigenheimzulage sowie die ab dem Jahr 2000 wieder an Bedeutung gewinnenden Investitionszulagen eine Rolle. Diese Zulagen, die in der Kassenrechnung die Steuereinnahmen mindern, werden in den VGR als Transferausgaben behandelt.

A. *Entwicklung der Einnahmen*

Auf der Einnahmenseite des Staatskontos kann die Entwicklung der Hauptkomponenten Steuern und Sozialbeiträge aufgrund der wachsenden Verflechtungen nur bedingt getrennt voneinander betrachtet werden. Ein Beispiel ist die Ökosteuer, bei der die Einnahmen zur Senkung der Sozialbeiträge verwendet werden. Derartige Maßnahmen erhöhen die Steuerquote bei gleichzeitiger Absenkung der Sozialbeitragsquote. Bei der isolierten Bewertung der Einzelgrößen sind diese strukturellen Verschiebungen zu beachten.

Technische Anmerkung:

Die Projektion in Abgrenzung der VGR ist aufgrund methodischer Unterschiede nicht unmittelbar mit den Ergebnissen des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ vergleichbar.

Tabelle 6: Entwicklung von Steuer-, Sozialbeitrags- und Abgabenquote bis 2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	- in % des BIP -					
Steuerquote	24,1	24 ½	23	23 ½	23	23 ½
Sozialbeitragsquote	18,9	18 ½	18	17 ½	17 ½	17
Abgabenquote						
- Stand Januar 2000	43,1	42 ½	41 ½	41 ½	41	-
- Stand September 2000	43,1	43	41	41	40 ½	40 ½

Während die Steuerquote in diesem Jahr leicht ansteigt, sorgt die Steuerreformstufe 2001 für eine kräftige Absenkung des Niveaus um 1 ½ Prozentpunkte auf 23 %. In den Folgejahren wirken steuerliche Entlastungen und das wachstumsbedingte Ansteigen der Steuereinnahmen in entgegengesetzte Richtungen. Im Endjahr 2004, das als das Jahr zwischen den großen Stufen 2003 und 2005 keine wesentlichen zusätzlichen Entlastungen bringt, wird die Steuerquote leicht auf 23 ½ % ansteigen. Dieser Anstieg ist jedoch mit Blick auf das darauffolgende Jahr, das noch nicht Gegenstand der Projektion ist, vorübergehender Natur. Im Jahr 2005 erfolgt mit der nächsten Stufe der Steuerreform eine spürbare Entlastung.

Die Entwicklung der Sozialbeitragsquote spiegelt das Ziel der Ökosteuer, die Belastung des Faktors Arbeit zu reduzieren, wieder. Bedingt durch den niedrigeren Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung sinkt die Quote parallel zum leichten Anstieg bei den Steuern im laufenden Jahr auf 18 ½ %. Anschließend geht sie weiter bis auf 17 % im Jahr 2004 zurück.

In diesem Jahr bleibt die Abgabenquote, bedingt durch die gegenläufige Entwicklung von Steuer- und Sozialbeitragsquote, gegenüber 1999 unverändert. Im kommenden Jahr prägt die Steuerreform die Entwicklung der Abgabenbelastung. Durch die kräftige Reduzierung von 43 auf 41 % sinkt die Abgabenquote auf ein Niveau, das zuletzt 1993 erreicht wurde. Am Ende des Projektionszeitraumes beträgt sie 40 ½ %.

B. Beschleunigte Rückführung des Schuldenstandes

In der Aktualisierung zum Stabilitätsprogramm vom Januar 2000 war eine Rückführung der Schuldenstandsquote bis auf 58 ½ % des BIP bis zum Ende des Projektionszeitraumes (2003) vorgesehen. Dabei war davon ausgegangen worden, dass der Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 60 % im Jahr 2002 unterschritten wird.

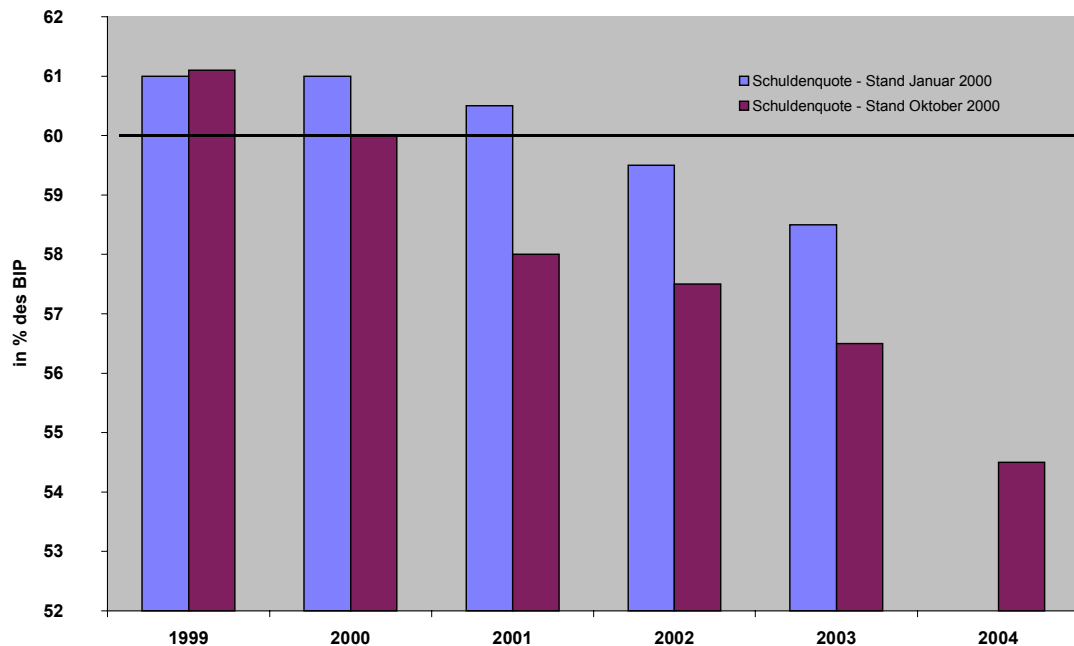
Die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen eröffnen eine neue Perspektive für die Senkung der Schuldenquote. Die Bundesregierung hat bereits frühzeitig angekündigt, die Erlöse in vollem Umfang zur Schuldentilgung einzusetzen. Dies ermöglicht eine gegenüber den bisherigen Annahmen deutlich beschleunigte Rückführung der Schuldenquote.

Die Verwendung der UMTS-Erlöse schlägt sich im Schuldenstand in zwei Schritten nieder. Aus markttechnischen und wirtschaftlichen Gründen wird die Tilgung auf das laufende und das kommende Jahr verteilt, so dass der Gesamteffekt erst im Schuldenstand des Jahres 2001 voll sichtbar sein wird. Rund 35 Mrd DM sollen nach den bisherigen Planungen noch in diesem Jahr schuldenstandswirksam werden. Dadurch wird bereits am Ende diesen Jahres eine Schuldenquote von 60 % des BIP erreicht. Im Januar 2001 zahlt der Bund Inhaberschuldverschreibungen des „Ausgleichsfonds Währungsumstellung“ in Höhe von ca. 64 ½ Mrd DM zurück; in der Folge wird die 60-Prozent-Grenze mit 58 % im kommenden Jahr deutlich unterschritten. Bis zum Ende des Projektionszeitraumes fällt der Schuldenstand um weitere 3 ½ Prozentpunkte bis auf 54 ½ % des BIP ab.

Tabelle 7: Entwicklung der Schuldenquote bis 2004

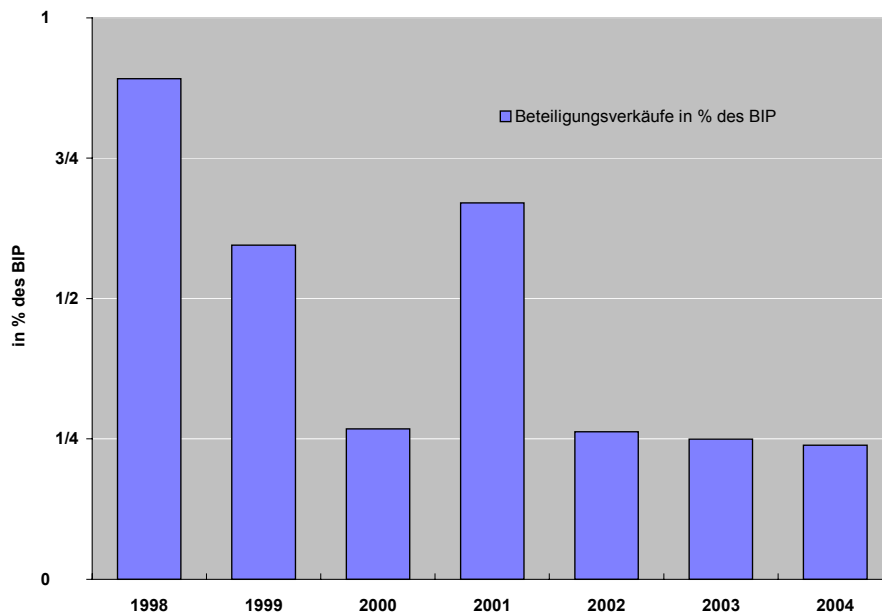
	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Schuldenquote	- in % des BIP -					
- Stand Januar 2000	61	61	60 ½	59 ½	58 ½	-
- Stand September 2000	61,1	60	58	57 ½	56 ½	54 ½

Abbildung 3: Entwicklung der Schuldenquote bis 2004



Während die UMTS-Erlöse eine einmalige Niveauabsenkung ermöglichen, wird die weitere kontinuierliche Reduzierung der Schuldenquote von der Rückführung der finanzstatistischen Defizite bis 2004 bei gleichzeitig vergleichsweise raschem Wachstum getragen. Dabei spielen – anders als bei der Berechnung des gesamtstaatlichen Defizits – auch Einnahmen aus dem Verkauf von Beteiligungen eine Rolle.

Insbesondere im Jahr 2001, in dem die Öffentlichen Haushalte durch die Steuerreform am meisten belastet werden, werden Bund, Länder und Gemeinden zum teilweisen Ausgleich der erheblichen Einnahmeausfälle wieder verstärkt das Instrument der Privatisierung nutzen. In den darauffolgenden Jahren werden sich die Beteiligungsverkäufe auf niedrigerem Niveau stabilisieren.

Abbildung 4: Beteiligungsverkäufe in % des BIP

C. Auswirkungen einer Änderung der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte auf die öffentlichen Finanzen

Die Finanzpolitik erfüllt eine wichtige Aufgabe bei der Konjunkturstabilisierung. Von den staatlichen Budgets geht jedoch auch ohne zusätzliche finanzpolitische Maßnahmen eine automatische Stabilisierungswirkung aus. Die OECD berechnet in ihrem Economic Outlook vom Dezember 1999 für Deutschland eine Dämpfung der konjunkturellen Schwingungen infolge dieser Effekte um rund ein Drittel.

Allerdings ist die Schätzung von Konjunkturreakтивitäten mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Eine Ableitung der Auswirkungen eines höheren bzw. niedrigeren Wachstums auf die öffentlichen Finanzen kann auch nur dann zuverlässige Ergebnisse liefern, wenn stabile Zusammenhänge zwischen der Entwicklung bestimmter gesamtwirtschaftlicher Aggregate und der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung bestehen und hinreichend genau beziffert werden können.

Die Vergangenheit zeigt jedoch, dass insbesondere bei den Steuern nicht von stabilen Elastizitäten ausgegangen werden kann. Zwischen gesamtwirtschaftlicher Aktivität und Steuer Mehreinnahmen besteht weder kurz- noch mittelfristig ein rein mechanistischer Zusammenhang.

In der Entwicklung der Steuereinnahmen spiegeln sich die vielfältigen, zum Teil zeitverzögerten Entwicklungen der speziellen Bemessungsgrundlagen der einzelnen Steuern wieder. Hinzu kommen die sich teils kompensierenden, teils verstärkenden finanziellen Wirkungen einer Vielzahl von Steuerrechtsänderungen.

Auf der Ausgabenseite wird die Messung der Konjunkturreakibilität wesentlich durch die Wahl der einzubeziehenden Größen beeinflusst. Neben den Arbeitsmarktausgaben reagieren auch andere Ausgabenkomponenten - zumindest mittelbar - auf konjunkturelle Schwankungen. So kann beispielsweise auch für die Personalausgaben der öffentlichen Haushalte eine teilweise Beeinflussung durch die konjunkturelle Situation unterstellt werden. Dabei spielt die Überlegung eine Rolle, dass sich die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst häufig an den (konjunkturabhängigen) Abschlüssen im privaten Sektor orientiert. Zieht man diese Ausgaben in die Betrachtung mit ein, fallen die Auswirkungen einer Änderung der Wachstumsannahmen deutlich geringer aus. Dies gilt erst recht, wenn zusätzlich berücksichtigt wird, dass auch die Ausgaben für Investitionen typischerweise in konjunkturell schwächeren Zeiten zurückgeführt werden.

Eine durch das Bundesministerium der Finanzen in Auftrag gegebene Studie des ifo-Instituts München zeigt, dass die Konjunkturreakibilität des Budgetsaldos in der Tendenz umso größer ist, je größer die Staatsquote eines Landes ist, je progressiver das gesamte Abgabensystem ist und je umfassender die Unterstützung der Arbeitslosen ist. Für Deutschland sieht diese Studie aufgrund der angestrebten Reduzierung der Staatsquote und der Senkung der direkten Steuern eine Verringerung der Konjunkturreakibilität des staatlichen Budgetsaldos.

Eine grobe Schätzung der konjunkturellen Wirkungen auf den Staatshaushalt anhand einer vereinfachten Rechnung unter Einbeziehung von Steuern, Sozialabgaben sowie Ausgaben für den Arbeitsmarkt ist möglich, doch können die quantitativen Ergebnisse nur beschränkt aussagefähig sein.

Bei einer Wachstumsverbesserung von $\frac{1}{4}$ % jährlich ab 2001 könnte sich, bei leicht sinkender Staatsquote, der Finanzierungssaldo im Endjahr um knapp $\frac{1}{2}$ % des BIP verbessern. Eine Wachstumsverschlechterung in gleicher Höhe hingegen führte, bei steigender Staatsquote, im Jahr 2004 zu einem Defizit in Höhe von knapp $\frac{1}{2}$ %.

D. Auswirkungen von Zinsänderungen auf die öffentlichen Ausgaben

Die Ableitung der Auswirkung von Zinssatzänderungen ist angesichts der komplexen Struktur der Staatsschulden nur unter vereinfachenden Annahmen möglich. Entsprechend kann es sich bei den Ergebnissen nur um grobe Aussagen handeln, die aber zumindest die Tendenz der Wirkungen erkennen lassen.

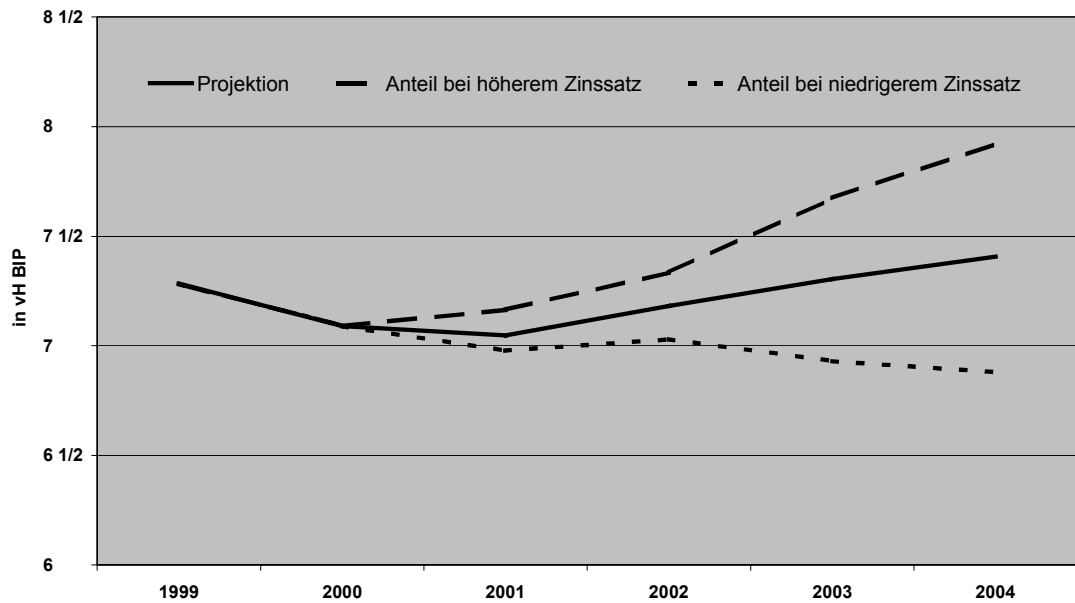
Werden die der Projektion zugrundeliegenden Zinssätze dauerhaft um einen Prozentpunkt erhöht, wird dies erst mit zeitlicher Verzögerung bei den Zinsausgaben sichtbar. So beläuft sich beispielsweise der Bruttokreditbedarf des Bundes im Zeitraum 2000 bis 2004 auf jährlich rund ein Siebtel bis ein Fünftel seiner Gesamtverschuldung. Ein Anstieg der durchschnittlichen Verzinsung der öffentlichen Schuld um einen Prozentpunkt gegenüber dem Basisszenario würde erst nach einer vollständigen Umschuldung aller Verbindlichkeiten erreicht. Bis zum Ende des Projektionszeitraumes würde sich die Durchschnittsverzinsung der Staatsschulden um etwa einen halben Prozentpunkt erhöhen.

Der Anteil der Zinsen an den Gesamtausgaben könnte unter der Annahme eines um einen Prozentpunkt höheren Zinssatzes in den Jahren 2003 und 2004 auf 8 % ansteigen, während die Projektion von einem Anteil von 7 ½ % ausgeht. Dabei ist unterstellt, dass die Gesamtausgaben durch die Zinsmehrausgaben ausgeweitet werden. Würde das Plus bei den Zinsen durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen, fiel der Zinsanteil noch geringfügig höher aus. Diese Erhöhung bliebe jedoch noch innerhalb der 8 %-Rundung.

Der Ausgleich des Staatshaushalts im Jahr 2004 wäre durch die höheren Zinsausgaben nicht gefährdet. Im obigen Szenario sind Anpassungsreaktionen bei der Kreditaufnahme nicht berücksichtigt. Je nach Entwicklung der Zinssätze würde im „debt management“ auch die Struktur der Anschlussfinanzierung neu festgelegt, um die Belastungen der Haushalte zu optimieren. Die skizzierten Ausgabenzuwächse stellen insofern eine Obergrenze dar, die durch einen entsprechenden Einsatz des kreditpolitischen Instrumentariums unterschritten werden könnte.

Bleibe der Marktzins ab 2001 um ein Prozent unter den Zinsannahmen der Projektion, könnte der Anteil der Zinsausgaben am Gesamtbudget auf 7 % zurückgeführt und bis zum Ende des Projektionszeitraumes gehalten werden.

Abbildung 5 Anteil der Zinsen an den Gesamtausgaben



VII. Zusammenfassung und Ausblick

Deutschland ist auf gutem Wege zu einer anhaltend dynamischen Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung leistet dazu einen wesentlichen Beitrag. Mit den in dieser Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms dargelegten Maßnahmen trägt die Bundesregierung zugleich den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Rechnung.

- Die Bundesregierung verfolgt ihren stabilitätsorientierten finanzpolitischen Kurs weiter, den sie mit dem Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität im vergangenen Jahr eingeleitet hat.
- Der finanzpolitische Kurs gewährleistet ein Gleichgewicht zwischen Konsolidierung und steuerlichen Entlastungen, denn Grundlage der steuerlichen Entlastungen ist und bleibt die Wahrung strikter Ausgabendisziplin.
- Durch umfangreiche steuerliche Entlastungen von mittelständischen wie großen Unternehmen sowie durch besondere Berücksichtigung zukunftsorientierter Bereiche wie Forschung und Bildung wird die Innovationsfähigkeit und Investitionsbereitschaft der deutschen Wirtschaft nachhaltig gestärkt.
- Durch die spürbare Entlastung von Arbeitnehmern und Familien werden der Konsum und die Sparfähigkeit der privaten Haushalt angeregt.
- Insbesondere die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung ist nicht nur zur Bewältigung der demographischen Herausforderungen erforderlich, sondern dient auch der Sicherung nachhaltig solider Staatsfinanzen.
- Sowohl im Jahr 2000 als auch im Jahr 2001 bewegt sich das Staatsdefizit auf der im aktualisierten Stabilitätsprogramm von Januar diesen Jahres vorgegebenen Linie. Für das Jahr 2000 wird ein Defizit von 1 % des BIP erwartet. Unter Einschluss der UMTS-Erlöse wird sich im Jahr 2000 ein Überschuss von 1 ½ % des BIP ergeben.

Für die Beurteilung der Finanzpolitik im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird dieser Einmaleffekt jedoch außer acht gelassen.

- Im Jahr 2004, dem Endjahr der Projektion, wird das Staatskonto ein ausgeglichenes Ergebnis aufweisen. Damit wird Deutschland dem Anliegen gerecht, einen zusätzlichen „Sicherheitsabstand“ zum mittelfristigen Stabilitätsziel zu schaffen. Gleichzeitig entsteht eine tragfähige Basis für den Steuerreformschritt 2005.
- Bei der Rückführung der Schuldenstandsquote wird Deutschland in jedem Fall besser sein, als in der letzten Aktualisierung unterstellt. Ab dem Jahr 2001 – und damit ein Jahr früher als ursprünglich geplant - wird der Referenzwert von 60% des BIP wieder deutlich unterschritten.
- Die deutsche Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist von Solidität und Verlässlichkeit geprägt. Sie hält die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein und stärkt so das Vertrauen der Märkte. Mit ihrer Ausrichtung auf günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen einerseits und nachhaltige Strukturreformen andererseits steht sie auch im Einklang mit den europäischen „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“.